

**Kieler Nachrichten**

Ausgabe 59 Freitag, 11. März 2011

# Koalition erhöht den Druck auf Ausländer

## Erfolgreicher Deutschttest Voraussetzung für dauerhaften Aufenthalt

**Berlin.** Union und FDP wollen das Ausländerrecht verschärfen, um Zuwanderer stärker zum Deutschlernen anzuhalten. Die Aufenthaltserlaubnis solle auf höchstens ein Jahr befristet werden, solange ein Migrant seinen Integrationskurs noch nicht erfolgreich abgeschlossen hat, heißt es in einem Gesetzentwurf.

Laut einem Änderungsantrag der innenpolitischen Sprecher von Union und FDP, Hans-Peter Uhl (CSU) und Gisela Piltz, zum Ausländerrecht müssen Migranten ihren Sprachtest bestehen, um eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Allerdings ist eine mehrmalige Verlängerung der befristeten Erlaubnis möglich.

„Zuwanderung und Integration kann nur gelingen, wenn Zuwanderer den Wunsch und Willen haben, sich in die Gesellschaft in Deutschland zu integrieren“, erklärte der FDP-Innenexperte Hartfrid Wolff. Zentrales integrationspolitisches Anliegen sei das Beherrschen der deutschen Sprache. „Deshalb verknüpfen wir den Erfolg in den vorgeschriebenen Integrationskursen mit der Verlängerung des Aufent-

haltstitels.“

Bei der Opposition stießen die Pläne auf Kritik. Der Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, erklärte, Schwarz-Gelb verspiele sämtliche Fortschritte bei der Integration. Aus der SPD-Fraktion hieß es, Union und FDP fielen in alte Zeiten zurück. Der stellvertretende innenpolitische Sprecher Rüdiger Veit erklärte, Zwang und Kontrolle würden an die Stelle von Angeboten gesetzt.

Die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Sevim Dagdelen, bezeichnete es als „vollkommen inakzeptabel“, die Aufenthaltserlaubnis vom Niveau der Sprachkenntnisse abhängig zu machen. Das sei eine Ungleichbehandlung gegenüber eingewanderten Fachkräften, die überhaupt keine Sprachkenntnisse nachwei-

sen müssen. In Kiel bezeichnete der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein, Cebel Küçükkaraca, das Vorhaben der Koalition als „absoluten Unsinn“. Das Vorhaben blockiere die Integration, weil es auf die Migranten Zwang ausübe und sie automatisch distanzieren. Man müsse die Menschen stattdessen überzeugen, dass zur Teilhabe an der Gesellschaft die Sprache wichtig sei. „Diese Motivation muss von innen kommen“, so Küçükkaraca.

In der Koalition wird eine mangelnde Beteiligung der Migranten an den gesetzlich verpflichtenden Integrationskursen beklagt. Zugleich monieren Kritiker, dass die Kurse vielerorts gar nicht angeboten werden. Dann soll es aber eine Aufenthaltserlaubnis auch ohne erfolgreichen Kurs geben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) erklärte, die Integrationskurse seien seit Jahren unterfinanziert, die Gruppen oft zu groß und die Dozenten unterbezahlt.

afp/alv

**Kommentar und mehr, Seite 2**